

Mainz, 23.01.2014

Antrag **0360/2011/1 zur Sitzung Stadtrat am 16.02.2011**

Ergänzungs- und Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP "Soziale Teilhabe und die Bekämpfung von Armut dauerhaft sicherstellen" (CDU)

Punkt 1. wird folgendermaßen ergänzt:

Dabei ist insbesondere bei Modellprojekten zu prüfen, ob Bund und Land eine entsprechende Anschlussfinanzierung gewährleisten.

Der Antrag wird nach 1. um einen neuen Punkt 2. ergänzt:

2. Im Zuge des Aufbaus von Präventionsketten kommt der Stadtteilarbeit eine besondere Bedeutung zu. Hier ist sicherzustellen, dass in den Stadtbezirken mit „besonders häufigem SGB II-Bezug“ (siehe Armutsbericht S.15) zukünftig passgenaue Hilfen angeboten werden, die die Chancen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig verbessern.

Der alte Punkt 2. und neue Punkt 3. wird folgendermaßen geändert:

3. Die Angebote des Sozialpasses werden auf den Mainz-Pass übertragen. Bei weiteren privaten Anbietern wird, wie bereits im Sozialausschuss mitgeteilt, für ein entsprechendes Angebot geworben, so wie es bereits beim ermäßigten Eintritt für die Mainzer Eissporthalle umgesetzt wurde. Sachstand für die Beteiligung der MVG ist der einstimmige Beschluss am 10. Februar 2010 im Mainzer Stadtrat. Sollten sich Veränderungen ergeben, so ist in den entsprechenden Ausschüssen darüber zu berichten und zu beraten. Zugleich setzt sich die Verwaltung beim Land Rheinland-Pfalz dafür ein, dass spezifische Sonderbedarfe in das SGB II und XII aufgenommen werden und eine entsprechende finanzielle Ausstattung erfolgt.

Begründung:

Eine nähere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Andrea Litzenburger
Fraktionsvorsitzende